



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## 700 Millionen Euro extra für Demenzkranke

Koalition einigt sich auf Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung

**Die Leistungen der Pflegeversicherung für Demenzkranke und ihre Angehörigen werden deutlich verbessert. Nachdem sich die Parteivorsitzenden der christlich-liberalen Koalition im Herbst letzten Jahres hierüber grundsätzlich verständigt hatten, wurden jetzt die Detailregelungen vereinbart.**

Die bisherigen Hilfen für Demenzkranke von 100 Euro bzw. 250 Euro in besonders schweren Fällen werden deutlich aufgestockt: Demenzkranke in der Pflegestufe I, die zu Hause betreut werden, erhalten für ambulante Pflegedienste 215 Euro mehr im Monat. Der Betrag erhöht sich damit auf 665 Euro. In der Pflegestufe II wird der Betrag den Plänen zufolge um monatlich 150 auf dann 1250 Euro aufgestockt. Das Pflegegeld, das bei der Betreuung durch Familienangehörige gezahlt wird, steigt in der Pflegestufe I um 70 auf 305 Euro und in der Pflegestufe II um 85 auf 525 Euro. Der Zuschlag für Demente, die nicht in eine der drei Pflegestufen eingestuft sind (Pflegestufe 0), bleibt dagegen unverändert: Hier werden auch künftig für ambulante Dienste bis zu 225 Euro im Monat gezahlt. Allerdings wird das Pflegegeld um 120 Euro erhöht. Profitieren werden insgesamt ca. 500.000 an Demenz Erkrankte.

Die Koalition hat sich bei ihren Beschlüssen auf eine Förderung der ambulanten Pflege der Demenzkranken konzentriert. Die meisten Betroffenen und ihre Angehörigen wollen eine Heimeinweisung so lange wie möglich hinauszögern. Die neuen Hilfen sollen dies unterstützen, damit die Patienten ihre gewohnte häusliche Umgebung nicht verlassen müssen. Denn ein Umzug in ein Pflegeheim hat für Patienten mit Gedächtnisverlust oft erheblich negative Auswirkungen. Daher wird das Pflegegeld für Patienten, die bereits im Heim betreut werden, nicht erhöht.

Die jetzt beschlossenen Verbesserungen sind ein erster Vorgriff auf eine allgemeine Überarbeitung der Pflegeleistungen, bei der die Belange der Demenzkranken besser berücksichtigt werden sollen. Derzeit erhalten diese oft keine Leistungen, weil der Pflegebegriff vor allem auf körperliche Gebrechen ausgerichtet ist. Zudem hat die Koalition beschlossen, die Leistungen der Pflegeversicherung für die zahnärztliche Betreuung von Heimbewohnern zu verbessern. Ab 2013 sollen hierfür jährlich 77 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit soll Patienten geholfen werden, die den Zahnarzt selber nicht mehr aufsuchen können und die darauf angewiesen sind, dass der Arzt zu ihnen ins Pflegeheim kommt. Untersuchungen haben ergeben, dass eine verbesserte Mundhygiene oftmals die Ernährungslage der Patienten verbessert und damit belastende Klinikaufenthalte vermieden werden können.

Zur Erhöhung von Pflegegeld und Sachleistungen für ambulant versorgte Demenzkranke kommen weitere Hilfen. Pflegende Angehörige brauchen insbesondere bei jahrelanger Pflege Auszeiten, um neue Kräfte zu sammeln. Hierfür besteht schon heute die Möglichkeit, ihre Schützlinge für eine Kurzzeitpflege in einem Pflegeheim unterzubringen. Allerdings wird bislang das Pflegegeld für diese Zeit gestrichen. Künftig wird es zur Hälfte weiterbezahlt. Anstelle der festen und standardisierten Leistungspakete können zudem nun mit den Pflegediensten auch Zeitkontingente für individuelle Leistungen vereinbart werden. Zudem sollen Wohn- und Selbsthilfegruppen stärker gefördert.

Finanziert werden die verbesserten Pflegeleistungen durch eine Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1% zum 1.1.2013. Dadurch entstehen Mehreinnahmen von 1,1 Mrd. Euro, die vollständig in eine Leistungserweiterung investiert werden. 700 Mio. stehen allein für Demenzkranke zur Verfügung.

### **Jahreswirtschaftsbericht 2012 vorgelegt**

In dieser Woche hat der Bundeswirtschaftsminister den Jahreswirtschaftsbericht 2012 vorgelegt. Deutschland steht trotz der Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Staaten hervorragend da. So erreichte die wirtschaftliche Aktivität Deutschlands 2011 sogar das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise vom Frühjahr 2008: Mit drei Prozent Zunahme des Bruttoinlandsproduktes ist Deutschland weiterhin Stabilitätsanker und Wachstumsmotor für Europa. Im Jahreswirtschaftsbericht werden für 2012 eine weitere Zunahme der Beschäftigung und ein Absinken der Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,8 Prozent erwartet. Zugleich macht der Bericht deutlich, dass auch Deutschland von der für dieses Jahr zu erwartenden weltweiten Konjunkturertrübung betroffen sein wird. Zwar rechnet die Bundesregierung für die zweite Jahreshälfte wieder mit einem Wachstum von 0,7 Prozent. Trotzdem muss der wirtschaftspolitische Reformkurs fortgesetzt werden. Steuervereinfachungen, die in den Unternehmen und bei den Menschen ankommen, und spürbarer Bürokratieabbau sind hier wichtige Bausteine, um unseren Wachstumspfad zu verstetigen.

### **Neuverschuldung 2011 deutlich geringer als geplant – 17,3 Mrd. Euro statt 48,4 Mrd. Euro**

Beim Abbau der Neuverschuldung ist der Koalition im Jahr 2011 ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen: Der Bund musste lediglich 17,3 Milliarden Euro statt der geplanten 48,4 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. Damit ist die Neuverschuldung um 31,1 Milliarden Euro geringer ausgefallen. Die entsprechenden Entlastungen des Bundeshaushalts sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite sind der Verdienst der erfolgreichen wachstumsorientierten Politik der Koalition aus CDU/CSU und FDP, die die Grundlagen für das wirtschaftlich hervorragende Jahr 2011 mit einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent gelegt hat. Damit bleibt Deutschland nicht nur Wachstumslokomotive, sondern geht auch beim Schuldenabbau mit gutem Beispiel in Europa voran. So ist die Nettokreditaufnahme im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr 2010 mehr als halbiert worden!

### **Integration macht große Fortschritte**

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, hat in dieser Woche

den 2. „Integrationsindikatorenbericht“ vorgestellt. Dieser zeigt, dass in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. So stieg z.B. die Betreuungsquote von Kindern mit ausländischen Wurzeln in Kindertagesstätten zwischen 2008 bis 2010 um 34 % und liegt nun bei insgesamt 85,7 %. Zudem sank der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss um 15 % auf nunmehr 4,4 %. Zugleich verweist der Bericht auf Studien hin, nach denen nicht mehr der Migrationshintergrund für die schulische Entwicklung ausschlaggebend ist, sondern vor allem die soziale Herkunft der Schüler und die Verwendung der deutschen Sprache als Umgangssprache in der Familie. Gesamtwirtschaftlich wirkt sich die stark sinkende Arbeitslosenquote auch auf die Migranten aus: 2005 lag die Quote noch bei 25,1 %, während sie bis 2010 auf 15,8 % zurückgegangen ist. Ein Problem war die bisher häufig fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen. Dies hat die Bundesregierung erkannt und im vergangenen Jahr das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse erlassen. Der Bericht zeigt aber auch klar, dass es noch Handlungsbedarf gibt: So ist der Zugang zu höherer Schulbildung für Menschen mit ausländischen Wurzeln immer noch besonders schwierig, und auch im öffentlichen Dienst sind Migranten noch immer unterrepräsentiert.

### **Bildungs- und Forschungsgelder sind 2011 vollständig angekommen**

Noch nie ist so viel Bundesgeld in Bildung und Forschung geflossen wie 2011! So standen im Bundeshaushalt 2011 11,73 Milliarden Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung. Damit wurden seit der Regierungsbeteiligung der Union 2005 diese Mittel um insgesamt 54 Prozent gesteigert. Wichtig dabei ist, dass dieses Geld auch tatsächlich angekommen ist. Denn 99,4 Prozent der Mittel wurden am Ende des Jahres auch tatsächlich in die Zukunft investiert. Zum Vergleich: Rot-Grün ließ alleine beim Ganztags-schulprogramm zwischen 2003 und 2005 mehr als 1 Milliarde Euro ungenutzt. Hier brauchte es ab 2005 die Union, um über 90 Prozent der Mittel zu nutzen und dieses Programm zu einem Erfolg zu machen. Auch unsere Region profitiert von den Forschungsinvestitionen des Bundes ganz erheblich: Für den Zeitraum 2009-2014 wurden für über 40 Projekte mehr als 12 Mio. Euro Fördergelder bewilligt.